

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise
sind in der Morgenausgabe angeschlossen
Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-295
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlag und Anzeigenabteilung:
Geschäftszeit 9-5 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH,
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 2500-2504

Es wird geräumt!

Wem ist das zu verdanken?

Seit einigen Tagen macht die von Herriot am Schlusse der Londoner Konferenz versprochene Räumung des östlichen Teiles des besetzten Ruhrgebietes sowie der im Zusammenhang mit dem Ruhrkampf neubesetzten Randgebiete und „Flaschenhälse“ sichtbare Fortschritte. Es läßt sich nicht bestreiten, daß die jegige französische Regierung pünktlich und ohne Feilschen das gegebene Wort hält, ebenso wie auch deutscherseits die Bedingungen des Londoner Abkommens ausgeführt werden. Die deutsch-nationale und die kommunistische Presse versuchen natürlich, die Bedeutung dieser Räumung dadurch abzuschwächen, daß sie die darauf bezüglichen Meldungen an möglichst unaufrichtiger Stelle veröffentlichten und mit höhnischen Ueberschriften und nörgelnden Kommentaren versehen. Am liebsten würde sie natürlich diese Nachrichten überhaupt unterdrücken, aber die Befreiung von mehr als einer halben Million Deutschen vom moralischen und materiellen Druck einer fremden militärischen Besetzung kann man doch nicht völlig unter den Tisch fallen lassen. Einzelne deutsch-nationale Blätter versuchen, die Wirkung dieser Nachricht dadurch abzuschwächen, daß sie behaupten, in London sei versprochen worden, daß diese Räumung sofort nach der Ratifizierung des Abkommens durch Deutschland erfolgen würde, während sie erst jetzt vorgenommen werde. Das ist aber einfach u n w a h r. Die Zurückziehung der französischen

Truppen aus dem Gebiet von Hörde und Dorimund wurde gleichzeitig mit der wirtschaftlichen Räumung in Aussicht gestellt und so ist sie auch erfolgt. Die weiteren Räumungen der Randgebiete (Bohndorf, Remscheid, Limburg usw.) und der der Rheinhäfen (Wesel, Karlsruhe usw.) sollte in fünfzehn Tagen nach der zweiten Feststellung durch die Reparationskommission durchgeführt werden. Diese Feststellung ist am 13. Oktober erfolgt, und bereits zehn Tage später sind die genannten Gebiete von den französischen und belgischen Truppen befreit worden.

Die Haltung der deutsch-nationalen und kommunistischen Presse ist aber insofern begreiflich, als sie der Ausfluß der Verlegenheit und des bösen Gewissens ist. Diese Gegner des Londoner Abkommens wissen sehr wohl, daß, wenn sich die deutsche Politik nach ihren Parolen gerichtet hätte, die erste Räumung niemals erfolgt, auch keine Aussicht auf baldige Befreiung weiterer Gebiete vorhanden wäre. Diefelben Leute, die vor nicht allzu langer Zeit noch behaupteten, eine Räumung werde nur mit Gewalt erzwungen werden können und nicht durch Erfüllungspolitik, sind in einer Weise Lügen gestraft, die sogar den einfältigsten unter ihren Anhängern einleuchten muß.

Die „nationale“ Politik der Hergt, Lubendorff und Genossen und der angeblich „vaterländischen“ Verbände hätte zur endlosen Knechtschaft unserer Volksgenossen im Westen geführt. Die Befreiung von bisher mehr als 500 000 Deutschen — und weitere Millionen werden noch im Laufe der nächsten Monate folgen — ist vor allem das Verdienst der deutschen Sozialdemokratie, die sich von Anfang an am konsequentesten für den einzig richtigen und möglichen Weg erklärt hat: nämlich für den Weg, der zum Ziele führt. Das „jüdische Lammengeweide“ des politischen Analphabeten Lubendorff erweist sich immer mehr als eine gewonnene Schlacht, die allerdings keinen Toten und keinen Verletzten gekostet hat — von den moralisch toten Charlatanen der deutsch-nationalen Politik abgesehen.

Ruhrräumung und Zechenbarone.

Entlassung wegen angeblichen Abnahmangels.

Essen, 23. Oktober. (WZ.) Wie nunmehr endgültig feststeht, werden die Zechen Viktor, Idern und König Ludwig am Montag, den 27. Oktober, nach 12 Uhr, d. h. im letzten Augenblick, der der französischen Regierung durch das Londoner Abkommen gelassen ist, von der französischen Verwaltung ihren Eigentümern zurückgegeben werden.

Wie von den deutschen Zechenverwaltungen mitgeteilt wird, beabsichtigen sie, am 29. oder 30. Oktober den Betrieb der Zechen aufzunehmen, sobald die im Interesse der Belegschaft und einer geordneten Betriebsführung notwendigen Anordnungen und Feststellungen über den Stand der Werksanlagen unter und über Tage getroffen worden sind. Während die Regie über unbeschränkten Abzug verfügte und daher die Arbeiterzahl auf Viktor und Idern von 6500 auf 10 500 und auf König Ludwig von 8200 auf 7200 steigern konnte, müssen die Zechen sich nun wieder den allgemeinen Abnahmeverhältnissen im Ruhrbergbau anpassen. Da diese zurzeit sehr schlecht sind und der wirkliche Abzug nur etwa die Hälfte der Beteiligungsziffer beim Kohlenhandels betragt, wird bei den Zechen die Förderung vorerst hinter den Ziffern vor der Befreiung zurückbleiben müssen, so daß nur eine diesen Verhältnissen entsprechende Belegschaft beschäftigt werden kann.



Karte der zu räumenden Gebiete a. Rhein u. Ruhr

Der Prozeß Hermann verschoben.

Weimar, 23. Oktober. (TU.) Die für morgen angelegte Revisionsverhandlung im Prozeß gegen den früheren Staatsminister Hermann, den Regierungsdirektor Runge und die Kreisdirektoren ist verschoben worden, da sich die Bedingung weiterer Zeugen als notwendig herausgestellt hat. Der genaue Termin ist noch nicht festgesetzt; wahrscheinlich wird die Verhandlung aber in die zweite Novemberhälfte fallen.

Schlechte Zeiten für Spekulanten.

Sie trauern hinter dem Bürgerblock her.

Das Börsengeschäft stagniert zurzeit vollkommen. Die Situation wird beherrscht von der innerpolitischen Krise und der Hinausschiebung der Aufwertungsfrage durch den Wahlkampf. Die Spekulation hält es für nötig, sich aus dem Geschäft zurückzuziehen und Glattstellungen vorzunehmen. Das macht sich besonders deutlich heute am Anleihenmarkt bemerkbar, wo die bisher tätig gewesene Großspekulation ihre Tätigkeit voll eingestellt hat und höchstens noch als Verkäufer in die Erscheinung tritt. Hieraus ergab sich ein unerwartet starker Druck auf die Kurse der bisherigen Favoriten. Man handelte gegen Mittag Kriegsanleihe mit 480, Zwangsanleihe mit 8, 3/4-prozentige Preuß. Konjots mit 1250, Schugabiete mit 3 1/2, 2biger R.-Schäpe mit 280, 24iger R.-Schäpe mit 350. Diese scharfen Rückgänge machten auf die Börse starken Eindruck und weckten naturgemäß neue Besorgnisse hinsichtlich der weiteren Gestaltung des Geschäftes auf den übrigen Märkten. Am Markt der Industriepapiere herrscht infolgedessen ebenfalls Abgeneigung vor. Der Markt der unnotierten Werte liegt bereits völlig verödet. Selbst die schweren Werte des Montanmarktes sind größtenteils völlig vernachlässigt.

Kommunistenverhaftungen im Reich. Die kommunistischen Reichstagsabgeordneten Pawlowki, der in Westfalen gewählt war, und Spitzlein, Vertreter des Wahlkreises Düsseldorf-West, wurden verhaftet.

Die deutsch-dänischen Schulverhandlungen.

Günstiger Abschluß.

Kopenhagen, 23. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Das dänische Außenministerium teilt offiziell den Abschluß der deutsch-dänischen Schulverhandlungen mit und gibt einen Ueberblick, in dem es heißt, daß die Verhandlungen zu gegenseitigem Verständnis geführt haben und einen wesentlichen Beitrag zur Klärung der Verhältnisse auf beiden Seiten der Grenze geliefert hätten. Die Besprechungen behandelten die Festlegung des Begriffs „neutrale Kinderheit“, die Voraussetzungen für die Aufrichtung öffentlicher und privater Minderheitsschulen, die Aufnahme in diese Schulen, den Einfluß der Eltern auf die Schulen sowie die Ausbildung und die Anstellungsbedingungen der Lehrer. Die Delegationen sollen nunmehr ihren Regierungen berichten. Weitere Besprechungen sind evtl. in Berlin in Aussicht genommen.

Die norwegischen Wahlen.

Endgültige Mandatsverteilung.

Christiania, 23. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die endgültige Stimmenteilung in Norwegen ist noch nicht beendet, doch steht die Mandatsverteilung fest, und zwar erhalten die verbündeten Konservativen und Nationalliberalen 54 Mandate gegen 57 im vorigen Storting, die Bauernpartei 23 gegen 17, die Liberalen 33 gegen 37, die Sozialdemokraten 9 gegen 8, die Arbeiterpartei 23, die Kommunisten 6. Die 150 übrigen Mandate fallen Lokalpartei zu. Als Mandatsgewinner gehen die Bauernpartei und die Sozialdemokraten hervor. Der kleine Erfolg der Sozialdemokratie entspricht nicht ihrem wahren Fortschritt, da sie in zahlreichen kleinen Kreisen Stimmen bekommen hat, die in Anbetracht des Fehlens einer Reichsliste verloren gehen. Insgesamt haben die drei Arbeiterparteien mehr Stimmen erhalten als die vereinigte Rechte, aber sie kamen wegen ihrer Zersplitterung um nicht weniger als 15 Mandate zu kurz.

Staat und Kirche.

Auseinandersetzungen in Frankreich.

Paris, 23. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Im Finanzausschuß hat am Mittwochabend Ministerpräsident Herriot Erklärungen über die in Aussicht genommene Aufhebung der Bottschaft beim Vatikan gegeben. Nach seinen Darlegungen hat der Ausschuß einen von der Rechten eingebrachten Antrag auf Wiedereinstellung eines Credits zur Aufrechterhaltung der Bottschaft mit 20 gegen 12 Stimmen abgelehnt. Herriot hatte in Ergänzung der bereits auf dem Parteitag in Boulogne gegebenen Erklärungen ausgeführt, daß die Beibehaltung der Bottschaft beim Vatikan weder rechtlich noch tatsächlich begründet werden könne. Was Eljasch-Lothringen betreffe, so sei hier für die Regierung nicht das Konkordat maßgebend, sondern ausschließlich die besondere Lage dieses Landes, der sie im gegebenen Augenblick sowie als möglich Rechnung zu tragen gedanke.

V. Sch. Paris, im Oktober.

Der letzte französische Wahlkampf stand, obwohl dies gerade in Deutschland vielfach verkannt und bestritten wurde, vor allem im Zeichen der auswärtigen Politik. Die Ruhrpolitik, d. h. das Problem der deutsch-französischen Beziehungen und die drohende Isolierung Frankreichs, stand um so mehr im Vordergrund der Erörterungen, als man allgemein erkannte, daß die meisten anderen, besonders die wirtschaftlichen Probleme — Frankfurter, Teuerung, Steuerzuschläge, unsichere Finanzlage — im engsten Kausalzusammenhang mit der Gewaltpolitik Poincarés standen.

Neuerdings scheint es aber, als trete das Interesse der öffentlichen Meinung für diese Fragen der auswärtigen Politik etwas zugunsten innerpolitischer Probleme zurück. Das mag zum Teil darauf zurückzuführen sein, daß die Haltung Herriots in London und Genf die auswärtigen Angelegenheiten in einem für die breiten Massen des Volkes befriedigenden Sinne zu ordnen und zu stabilisieren vermochte. Vor allem jedoch liegt es daran, daß die große interne Schicksalsfrage Frankreichs, die die Bevölkerung seit der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts von Zeit zu Zeit immer wieder leidenschaftlich erregt hat, erneut aufgerollt worden ist: die Frage des Verhältnisses zwischen Kirche und Staat, der Kampf der Kirche um ihren kirchlich-politischen Einfluß gegenüber der Vorherrschaft der zivilen Staatsgewalt, während die letztere die Kirche in rein geistliche Schranken immer mehr zurückdrängen will.

Der Sieg des Staates über die Kirche schien zu Beginn dieses Jahrhunderts, als die Trennungsgesetze mit starker Mehrheit von beiden Parlamenten verabschiedet wurden, endgültig und gesichert. Daß dieser Sieg überhaupt wieder in Frage gestellt werden konnte, ist eine der vielen Folgen des Krieges. Nicht daß die Frömmigkeit in den Jahren der Not und des Todes 1914—1918 so ungeheure Fortschritte gemacht hätte, wie dies vielfach dargestellt wird. Die Zahl derer, die in der seelischen Erschütterung des Krieges ihren Glauben neu gefunden oder befestigt haben, dürfte kaum die Zahl derer überwiegen, die den umgekehrten Weg gingen.

Der wahre Grund des Vormarsches der Kirche lag in der geschickten, einseitigen Ausnutzung des Burgfriedens für die katholische Idee, unter dem zum Teil aktiven Schutz der damals allmächtigen, überwiegend kirchlich-reaktionären Generalität. Nach dem Kriege wurde die Parole der Fortdauer des Burgfriedens zur Wahrung der Früchte des Sieges ausgegeben, wobei Clemenceau und Millerand, Poincaré und Foch die gemeinsamen Listen des Nationalen Blocks durchzogen: Katholiken und ehemalige Freimaurer verbanden sich unter einer nationalistischen Parole, wobei natürlich die ersteren, als die aktiveren Elemente, d. h. diejenigen, die den Wert und das Ziel dieses Bündnisses am klarsten erkannt hatten, sich das geistige Uebergewicht mühelos sichern konnten. Mit Hilfe dieser ungeheuren reaktionären Mehrheit gingen nun die Klerikalen rastlos ans Werk, um die Vormachtstellung des Staates gegenüber der Kirche auszuhöhlen und um die gesamte Laiengeseßgebung Stückweise wieder rückgängig zu machen. Die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen Frankreich und dem Vatikan, d. h. die Wiederzulassung eines Nuntius in Paris und die Wiederentsendung eines Botshafers zum päpstlichen Stuhl, war nur als eine erste Etappe gedacht. Zugleich mit diesem weithin sichtbaren Symbol des neuen Kurses wurden auf oft versteckten Wegen andere wichtige Maßnahmen eingeleitet, z. B. eine offiziöse Anerkennung der katholischen Universitäten durch Zuteilung staatlicher Unterstufungen an die bedürftigen Studenten auch solcher Anstalten. Zweifelloso gingen aber die Pläne der Kullifrentreiber des Nationalen Blocks, einschließlich Millerands, der sich mit ihnen noch kurz vor den Wahlen solidarisierte, erheblich weiter. Je fühner und offener diese Pläne jedoch in Erscheinung traten, desto stärker wurde die Gegenbewegung der in ihren breiten Massen ausgesprochen kirchenfeindlichen Bevölkerung — namentlich Südfrauen —, desto größer die Empörung auch über diesen Teil der Politik des Nationalen Blocks.

Der für alle Parteien überraschende Umschwung vom 11. Mai hat nun gerade für die Anhänger der Klerikalen eine um so schmerzlichere Enttäuschung und Enttäuschung hervorgerufen, als ja damit eine für sie höchst hoffnungsvolle Entwicklung jäh unterbrochen wurde und selbst das bisher Erreichte durch die Wahlparolen und das Programm der neuen Mehrheit offenkundig bedroht war: sollte ja, laut Regie-

rungserklärung Herriots, das Symbol selbst niedergeworfen, die Volkspartei beim Vatikan wieder aufgehoben werden.

Schließlich war die Sonderstellung Elsaß-Lothringens der stärkste Stein auf dem sterikalen Schachbrett, sie bildete einen Keil in der übrigen französischen Kirchen- und Laiengefährdung, den zu erweitern das vornehmste und nächstliegende Ziel des Nationalen Blocks gewesen sein würde, wenn dessen Hoffnungen am 11. Mai nicht so vollständig enttäuscht worden wären. Das allein wäre Grund genug für die katholische Kirche, eine großzügige Offensive gegen die neue Mehrheit und gegen die Regierung Herriot zu eröffnen. Aber die Elsaß-Lothringische Frage ist doch nur ein Vorwand, wenn auch ein sehr wirksamer, weil er sich nationalitätstheoretischen Argumenten bedienen kann. In Wirklichkeit hätte aber diese Offensive auf alle Fälle, auch ohne Elsaßfrage, mit Notwendigkeit begonnen, denn es ist ausgeschlossen, daß eine so starke, so rührige, so zähe, so fanatische Macht, wie es die katholische Kirche in Frankreich ist, einen derartigen Umschwung widerstandslos hinnehme; besonders dann nicht, wenn dieser Umschwung eine so ausichtsreiche Entwicklung plötzlich abstoppt und rückgängig macht.

Die Krise ist nach einigen Wochen vorarbeitender Propaganda, besonders um die Elsaßfrage, mit aller Wucht vor kurzem ausgebrochen, als päpstliche Kardinalen Frankreich einen offenen Brief an Herriot richteten, von dem man wohl ohne Uebertreibung sagen darf, daß er einer Kriegserklärung des Klerus gegen den Block der Linken gleichkommt. Eine offene Verurteilung der gesamten Laiengefährdung, die hart an die Aufforderung zum Widerstand gegen diese Gefährdung paart sich darin mit feierlichen Mahnungen an die Regierung, deren angekündigte strenge Durchführung zu unterlassen: „Wir wünschen den Krieg nicht, sollte er uns jedoch aufgezwungen werden, so würden wir ihn zwar mit Bedauern, aber nicht ohne Widerstand aufnehmen.“ Das gilt für alles: für die Volkspartei beim Vatikan, für das Elsaß, für die geplante Unterbindung der in den letzten Jahren mehr oder minder illegal wieder aufgenommenen Tätigkeit einzelner Kongregationen usw. Es werden dabei nationalitätstheoretische Argumente ins Feld geführt, die Einbild in die Gehässigkeit gewahren, mit der dieser neue Kulturkampf geführt werden dürfte. Da wird z. B. von den einst ausgewiesenen Priestern gesprochen, die sich im Krieg freiwillig gemeldet hatten, verwundet wurden, und die nun vom Lande gebannt werden sollen, während die neue Linksmehrheit den Refraktären und Deserteuren die Amnestie gewährt habe.

Herriots prompte Antwort an die Kardinalen war äußerst gemäßig und würdig im Tone, mit einem leichten Anflug von Ironie, aber um so unnachgiebiger in der Sache. Die Rede des Innenministers Chaumeys in Tours war schon um einige Grade schärfer. Damit ist der Kampf eröffnet worden, der höchstwahrscheinlich bald zur vollen Entfaltung kommen wird, denn die französischen Kardinalen und Bischöfe sind dermaßen fanatisch und eigenwillig, daß sie nicht einmal auf die Ratsschlüsse des Nuntius Ceretti in Paris hören. Wie uns versichert wurde, macht Ceretti aus seiner Unzufriedenheit über die Disziplinlosigkeit der französischen Kirchenfürsten gegenüber mächtigen Ratsschlüssen des Vatikans kein Hehl. Indessen ist es kaum anzunehmen, daß der Vatikan in diesen Fragen zu „trotzen“ versuchen wird, denn es liegt in der Natur der Sache, daß der Kampf ausgeschlagen werde: für die Kirche stehen nämlich die ganzen Fortschritte der letzten zehn Jahre auf dem Spiele.

Bei der Beurteilung dieses Konfliktes darf man in Deutschland die beiden Lager nicht nach deutschen Maßstäben messen. Der französische Klerikalismus ist nämlich in seinem Wesen erznationalistisch und reaktionär; eine nennenswerte fortschrittlich-soziale Richtung, wie sie doch immerhin im deutschen Zentrum, besonders in den Industriegebieten, besteht und oft sogar vorherrscht, existiert in Frankreich nicht. Die kleine Gruppe des katholisch-pazifistischen

Marc Sangnier, die am nächsten dem linken deutschen Zentrum oder den italienischen Popolari entspricht, ist leider völlig einflusslos. Andererseits sind die Radikalsozialisten und Sozialisten im allgemeinen gar nicht solche fanatischen „mangeurs de curés“ (Pfaffenresser), wie sie von ihren Gegnern hingestellt werden. Aber in der Hitze des Kampfes schießt man oft beiderseits über das Ziel hinaus. Und die Schärfe der Abwehr dürfte sehr bald die Schärfe des Angriffes erreichen, wenn nicht gar überbieten.

Der Nuntius bei Herriot.

Paris, 23. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Der päpstliche Nuntius Ceretti ist von Herriot in längerer Audienz empfangen worden. Da der diplomatische Vertreter des Vatikans vor wenigen Tagen aus Rom zurückgekommen ist, wird dieser Unterredung große Bedeutung beigemessen. Sie wird in Verbindung gebracht mit einer von mehreren Blättern verbreiteten Meldung, wonach der Papst für den Fall einer Zuspaltung des Konfliktes mit Frankreich entschlossen sein soll, diplomatische Vertreter nach China und Konstantinopel zu entsenden, was praktisch das Ende des Protektorats bedeuten würde, das Frankreich seit Jahren über die Katholiken im nahen und fernem Orient ausübt.

Zürich, 23. Oktober. (Ill.) Zur Rede Herriots über die Abschaffung der Volkspartei beim Vatikan wird der „Neuen Zürcher Zeitung“ aus Paris geantwortet: Die Volkspartei beim Vatikan gilt als ein Wert Millierands, der sich durch seine neue Rolle in der Opposition die Gunst der Radikalen völlig verschert; mit der Abschaffung der Volkspartei suchen sie ihn persönlich zu treffen. Der Feldzug des französischen Episcopats trug ebenfalls nicht dazu bei, die radikale Regierung für Konzessionen günstig zu stimmen. In Rom scheint man sich in den letzten Wochen keinen Illusionen hinzugeben. Anders läßt es sich nicht erklären, daß der Papst sofort einen Repräsentanten in Peking und Konstantinopel ernennen würde, wo Frankreich bisher das katholische Protektorat ausübt.

Bürgerblock?

Deutschnationale Einheitsfront mit Nationalsozialisten und Kommunisten!

Die Reichsregierung wandte sich in ihrem Wahlauftrag unter wohlwollender Schonung der Deutschnationalen gegen die Extreme auf der Rechten und Linken. Das war eine vollkommene Verkenning der Tatsachen, wie gleich darauf der in rechtsradikalem Fahrwasser segelnde Wahlauftrag der Deutschnationalen bewies. Das Parteiorgan der Volkspartei bemüht sich zwar im Einverständnis mit der bisherigen Führerschaft der Deutschnationalen, den Schaden wieder zu flicken, das wird aber wenig nützen. Die deutschnationale Presse läßt keinen Zweifel darüber, daß der Wahlkampf ganz im Sinne der Reinsager geführt werden wird.

Noch schlimmer stehen die Dinge für die Sasager in der Provinz. Hier scheint der hemmungsloseste Rechtsradikalismus die Oberhand zu gewinnen. So wurde in Rostock der Wahlkampf mit einer Rede des Professors Reimüller eröffnet, in der unter dem Beifall der Deutschnationalen ausgeführt wurde, die Deutschnationalen und Nationalsozialisten müßten sich in diesem Wahlkampf an einen Tisch setzen. Der Redner erklärte sich „durchaus gegen einen sogenannten Bürgerblock“. Es ist nicht bekannt, daß sich auch nur eine Stimme der Opposition dagegen erhoben hätte. Dagegen wurden in der Diskussion die Ausführungen eines Kommunisten beifällig aufgenommen, der zur geschlossenen nationalen Abwehr aufrief!

Das Bild, das diese Versammlung gab, ist symbolisch. Wo es in den letzten Jahren galt, den friedlichen Wiederaufbau zu schädigen, da fanden sich die Deutschnationalen, Nationalsozialisten und Kommunisten zusammen. Es ist nur natürlich, wenn sie in diesem Wahlkampf, in dem mit der Gefährdung der Saboteure des Friedens ausgeräumt werden soll, eine Einheitsfront bilden.

Die Parteileitung der Volkspartei glaubte besonders Zug zu handeln, wenn sie durch Aufnahme der Hergt und Genossen in die Regierung zu gleicherzeit die deutschnationalen Reinsager unschädlich und den Kapitalistenblock aktionsfähig zu machen versuchte. Sie hat mit ihrer Politik bankrott erlitten. Mit derselben Treulosigkeit, mit der die Deutschnationalen im August die Wahlpapare vom 4. Mai preisgaben, lassen sie jetzt die Volkspartei auffügen, die sich ihnen mit ihrer Ehre verschrieben hatte.

Ueber die Kommunisten kein Wort. Mit einer Partei, die in den Versammlungen den Deutschnationalen nachläßt und im Landtag die Hergt-Koalition herbeizuführen versucht, kann man über Arbeiterpolitik nicht diskutieren. Man wird ihnen bei der Abrechnung deutlich machen müssen, daß das Volk keine Lust hat, seine Sache von Hanswursten führen zu lassen.

Rechtsblock-Obstruktion im Landtag.

Wieder einmal beschlußunfähig.

Der Preussische Landtag nahm heute zum vierten Male die Abstimmung über den Gesetzentwurf zur Aenderung der preussischen Personalabbauregung vor. Drimal hatte sich bis jetzt bei der Abstimmung über die Vorlage die Beschlußunfähigkeit des Hauses herausgestellt. Bei den heutigen Abstimmungen wurden nur 199 Stimmscheitel abgegeben. Das Haus war also abermals beschlußunfähig, infolge der Haltung der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei.

Der Vizepräsident berief nun sofort eine neue Sitzung, in der zunächst die dritte Beratung des Haushaltsplans in Angriff genommen wurde. In der Aussprache erhielt als erster Redner Genosse Heilmann das Wort, der in längerer Ausführungen unter größter Aufmerksamkeit des Hauses mit der Politik der Deutschnationalen oberschwang und die großen Ziele der Sozialdemokratie im kommenden Wahlkampf aufstellte.

Bayern und die Dawes-Gesetze.

„Zum erstenmal wieder seit langen Jahren begründete Hoffnung...“

München, 23. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Nach einer Pause von etwa drei Monaten nahm am Donnerstagvormittag der Bayerische Landtag seine Arbeiten wieder auf. In einer kurzen Eröffnungsansprache führte der Bayerische Volksparteiangehörige Präsident aus, daß durch die Annahme des Dawes-Gutachtens zum ersten Male wieder seit vielen Jahren begründete Hoffnung bestehe, daß das deutsche Volk bestehen kann. Dabei verwies er insbesondere auf die Siegesfahrt des Zepplins nach Amerika, durch die nicht nur eine räumliche, sondern auch eine seelische Verständigung der Völker angebahnt worden sei. An die Rede des Präsidenten schloß sich eine kurze Geschäftsordnungsdebatte, hervorgerufen durch die Kommunisten, die verlangten, daß der Landtag sich sofort mit der Aufhebung des Ausnahmezustandes und mit der Amnestierung der politischen Gefangenen beschäfige. Diese Anträge auf Aenderung der Geschäftsordnung wurden gegen die Einsprüche abgelehnt. Hierauf legte der Finanzminister Krouse dem Landtag den Doppeletat für die Jahre 1924 und 1925 vor.

Die Demokraten gegen einen kommunalen Bürgerblock.

München, 23. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die Münchener Demokratische Partei hat am Mittwochabend endgültig Stellung genommen zur nationalen Wahlgemeinschaft für die Münchener Stadtratswahlen. Diese Wahlgemeinschaft, in welcher sämtliche bürgerlichen Parteien mit Ausnahme der Bolschewiken und Demokraten zu einer gemeinsamen Wahlliste vereint sind, sollte durch Hineinnahme dieser beiden Parteien zu einem tatsächlichen Bürgerblock ausgeschaltet werden. Das ist nunmehr gescheitert an der Haltung der Demokraten, die weitere Verhandlungen grundsätzlich ablehnen, nachdem die Rechtsparteien auf alle Forderungen, die die Demokraten zur Gemeindepolitik gestellt haben, eine vollständig ungenügende Antwort gegeben haben.

Elephantiasis musica.

Konzertumschau von Kurt Singer.

Nur aus Scheu, oftmals Gefoltes zu wiederholen, wollen wir heute sparsam sein mit der Klage über den pathologischen Besessenzustand des Berliner Konzertlebens. Die Krankheit heißt Elephantiasis; es ist das eine Hyperrophie des gesamten Betriebes, ein Schwellen und Verbreitern der äußeren Formate und Ereignisse auf Kosten einer Vertiefung und Verinnerlichung. In dieser Elephantiasis geht die Musik Berlins zugrunde. Die großen Musikanten und Musikvereinigungen wissen kaum mehr, wie sehr sie sich selbst schaden durch eine Häufung ihrer Veranstaltungen. Gerade die Seltenheit des Auftretens gehört mit zu den Reizen der künstlerischen Auswirkung. Und daß bei etwa 120 großen Sinfoniekonzerten der abgegrenzten musikalischen Größen, bei 50 bis 60 Solistenabend der internationalen Virtuosenkunst dem aufstrebenden, noch nicht zum Ruhm gekommenen jungen Künstler Weg und Lust und Publikumsinteresse fortgeschoben wird, das ahnen wohl in einem logischen Zeitalter die wenigen Vertreter der aristokratischen Musikwelt. Elephantiasis: fast daß die Künstler und auch das Publikum vom Geist der Musik getrieben werden, ergeben sie sich der Sensation, der Spekulation und dem vernichtenden Kunstbetrieb.

Unter solchen Kunstbetrieben wirkt es doppelt schön, einen Mann wie Otto Klemperer als einen seltenen und um so eindrucksvolleren Gast in Berlin zu begrüßen. Im Rahmen der Konzerte der Deutschen Hochschule dirigierte er Bruckners 8. Sinfonie. Die äußere Haltung des Mannes ist vorbildlich in der Ruhe, mit der er sich einem pathologischen Ausdruck hingibt, in der Wucht, mit der er das schnelle Tempo besteuert. Er dirigiert das ganze Wort strichlos und ohne Zuhilfenahme einer Partitur (wie Furtwängler). Bei Werken von so heiliger Konzeptionskraft wie dieser 8. Sinfonie sollte kein Kapellmeister den Stab ergreifen, der das Wert nicht vollständig vollkommen in Herz und Kopf hat. Besslich ist die 8. Brucknersche Sinfonie neben dem Adagio der 9. das größte und erlauchteste Musikwerk des 19. Jahrhunderts. Nur wer imstande ist, das in den Tönen schlummernde Göttliche prometheusartig den Menschen dazubringen, nur wer das geheimnisvolle Quellende der schöpferischen Begabung ohne kann, und nur wer einen Kampf um Sieg und Anerkennung musikalisch deuten kann, nur der ist reif zum Dirigieren dieses Wunderwerks. Klemperer hat die Kraft und den Trost und die Kampflust. Das Finale wird zum glänzendsten Ereignis erhoben, und auch der Spott des Scherzo bringt sicher durch. Er lebt es, Klänge und Schatten sehr grell zu verteidern, was der formalen Gestaltung zugute kommt, der Brucknerschen Natur aber weh tut. Auch sein lyrisches, hingebungsvolles Singen im Orchester ist nicht immer in einem einheitlichen großen Bogen lat geworden, sondern aus der Brimlichkeit dieser durch sich selbst wirkenden Melodie in eine Intellektualität hinübergegangen. So dirigierte Klemperer eine Brucknersche Sinfonie als ein moderner Musiker, in großartiger Wirkung, doch mehr im Geiste eines Mahler-Kopistes.

Eigfried Dohs ist gewiß ein großer Mann, der mit der Zeit mitgeht. Seine Haltung gegenüber der F. R. O. L. Messe von

Anton Bruckner aber ist durchaus nur von den Stilgesetzen dieses Wertes bestimmt, das zwischen kirchlichen und Konzertmessen eine Mittelstellung hat. Er läßt den heroischen Themen ihre treibende Kraft, den beschaulichen ihre innere Ruhe und läßt sich überhaupt nur in der Darstellung von den in der Musik lagernden Triebkräften bestimmen. So kommt eine Aufführung von vorbildlicher Sachlichkeit zustande, die den nachhaltigsten Eindruck verburgt. Der Chor der staatlichen Hochschule ist wiederum in ein Klangstudium getreten, das an die besten Zeiten des Baltharmontischen Chores erinnert. Schönheit, Kraft und Nuancierung des Klanges bleibt unvergessen. Leider waren die Sünden des Soloquartetts Mächtig, nur Albin Dreysfus und Alfred Wiede wußten aus den gelungenen Noten seelische Regungen zu gestalten. Der Refle vorauf ging Straußens Jugendwerk „Wanderers Sturmlied“, ein durch Brahms wohl beeinflusstes, in der schwingvollen und motorischen Instrumentierung oder schon sehr eigenartiges, wenn auch etwas düsternes Werk.

Furtwängler bogam mit der bekannten G-Dur-Sinfonie von Haydn, einem der köstlichsten Stücke aus der Barockzeit, die in ihrer lebenswürdig dahinklingenden Laune und in der tiefen Empfindung ihres Largo zu den bekanntesten Meisterleistungen des Dirigenten gehört. Auch die 4. Sinfonie von Brahms bedarf in seiner Darstellung kaum mehr eines begeisterten Wortes. Begeisterung wird man allerdings nicht der Rosität des Abends zollen können dem neuen Violinkonzert in H-Moll von Hans Pfitzner. Lima Rodik geigte es mit einem für die Refoltheit der Themen zu kleinen Ton, doch mit unerhörter Treffsicherheit und Bogengewandtheit. Der Hauptteil des recht energisch gegen die Violine geschriebenen Stückes umfaßt Variationen über ein nicht sehr empfindungsreiches Thema. Zwei sinfonische Zwischenspiele, die wohl äußerlich die Form des Konzertes bestimmen sollen, sind frei und schön erkundene Stücke, ebenso wie das humoristische 4. Thema scherzhaft lebendig. Dazwischen laufen Stroden in leblosen Figurationen einher, oder auch in jenem schon bekannten Pfitznerschen Pseudohumor, der immer einen Zustand von Bärbeitigkeit hat. Das Werk schien in der laukeren Ausführung, besonders wegen der spielend bewältigten Scharfschiesigkeiten zu gefallen.

Neben den Rodik's spielen in der gleichen Woche das Busch-Ringler, Langewitz und Schachtelbeck-Quartett: Elephantiasis musica. Die Ringler-Herren spielen ein Streichquartett von Haydn nicht mit der gewohnten Delikatesse und inneren Heiterkeit. Die Instrumente, besonders die Geigen, klangen spröde und klingen wohl unter neu aufgelegenen Saiten. Das Langewitz-Quartett führte sich gut ein. Diese Herren spielen noch sehr robust, mit vollem Ton und vollem Atem; doch steht das dem 2. Quartett von Lopatinoff nicht schlecht zu Gesicht. Ein Opus 31 von Sekles interessiert durch moderne Schillerungen im Andante und einem etwas kläglichem, aber ausdrucksvollen Trauermarsch, der ein wenig in Cilempo erledigt wurde. Es wird interessieren, die vier sehr musikalischen Spieler an klassischem Wert zu sehen.

Von diesen Tolisten sei heute nur Ernst von Dohanni genannt, der die Kreisleriana von Schumann mit großer Leiden-

schaft, prachtvollem Klang, edler Empfindung und nur ab und zu ein wenig gehetzt zum Vortrag bringt. Ein Qualitätsmuster von hohem Rang, den man in Berlin immer wieder gern grüßt.

Peter Squenz schreibt eine Komödie.

Dieser Latbestand veranlaßt Herrn Direktor Robert, in seinem sublimen Theater am Kurfürstendam eine ganze Blütenlese von Darstellungen mit klingendem Namen aufzubieten und einem komischen Experiment dramatisches Leben einzubringen. Franz Schulz, bekannt unter dem Pseudonym „Peter Squenz“, hatte den drölligen Einfall, eine pridelnde Novelle Maupassants zu einer schalen Komödie umzuwandeln. In einem etwas geschwollenen Wortwort bittet er allerdings für diese Tat gewissermaßen um Entschuldigung, aber trotz aller Sympathie für den jungen Prager Autor können wir ihm nicht verzeihen. Es handelt sich in dem Stück um ein reizendes Fittchen aus Havan, das sich von dem Weinhändler Pipogran in eine Kellergesellschaft mit dem Ziel Paris mit einschuggeln läßt. Die Reile erzählt eine unliebbare Unterbrechung, als ein Oberst der feindlichen Befehung auf einer Zwischenstation die niedliche Kleine erblickt und die Gesellschaft nicht eher weiterreisen läßt, als bis sie ihm zu Willen gewesen ist. Den entsetzten Konflikt zwischen Speichermoral und Zweckmäßigkeit tritt Franz Schulz in seiner Komödie breit. Zum Auswachen breit. Wozu eigentlich? Will er Moral predigen?

Schauspieler von dem Talent eines Max Adalbert, eines Paul Morgan, eines Gustav Ridel, eines Diegelmann waren nicht in der Lage, die beängstigende Dede mit ihrer Komik zu bannen. Schon nach dem ersten Akt hörte man vereinzelt Pfiffe. In den üblichen Premierenapplaus am Schluß mischte sich schon recht vernehmlich Pfeifen und Zischen. Fast hätte ich vergessen, den Titel der langweiligen Komödie anzugeben: „Herr Pipogran fährt nach Paris.“ Das tut Herr Pipogran. Und was tut das Publikum? Es fährt aus der Haut. Ernst Degner.

Franz Kafka, dem in diesem Sommer verstorbenen österreichischen Dichter, war der Abend gemeldet, den Ludwig Hardt im Reiteraal gab. Es war gewiß verdienstlich, auf diese Weise an den viel zu wenig bekannten Dichter zu erinnern, aber es war durchaus überflüssig, daß Herr Hardt den matten und nichtglänzenden Profog vorles, den er auf Kafka verfaßt, und ebenfalls überflüssig war es, einen Kommentar zu Kafka zu geben. Der Dichter spricht für sich allein, er braucht, weiß Gott, Herrn Hardt nicht als Kommentator! Kafka hat Verwandtes mit Morgenstern. Wenn er auch nicht dessen läppige Groteske zeigt, so bringt er doch in diesen seiner Prosafaden Symbol und grausame Satire, eine Satire, die um so gravanter ist, weil so ganz still kommt und einen gewissermaßen von hinten überfällt. Hardt versteht es im allgemeinen gut, Kafka und seine dichterische Eigenart zu interpretieren. Der Rezipient würde aber noch mehr wirken, wenn er weniger Pathos aufwenden wollte. R. F.

In der Herbstausstellung der Berliner Sezession, die Anfang November eröffnet wird, werden Edmeyer-Künstler hervorragend vertreten sein. Kaiserdem werden die neuesten Werke des Präsidenten Louis Corinth gezeigt werden.

Landsknechts-Organisation C.

Ihre geheimnisvollen Aufträge.

B. S. Leipzig, 23. Oktober.

In der heutigen Verhandlung wurde die Unternehmung über den Punkt der Anklage fortgesetzt, daß die Angeklagten bis zum März 1922 an einer geheimen Verbindung, deren Ziele vor der Regierung geheim gehalten werden sollten, teilgenommen haben. Hoffmann wird als Leiter und Vorsteher der verbotenen Organisation betrachtet; wie der Präsident mitteilt, gelten auch von Killinger, Kautler und Müller, sowie Wegelin als Stifter der Organisation. Dem letztgenannten Angeklagten wird noch zur Last gelegt, daß er eine Maschinenpistole versteckt habe, und er wird über dieses ihm zur Last gelegte Verbrechen eingehend vernommen. Wegelin ist der Sohn eines Stadtrates. Er schiederte, daß er 1920 im Hause seiner Mutter eine

Maschinenpistole mit 490 Schuß und Handgranaten versteckt

gehalten habe, und daß ein im Hause seiner Mutter wohnender Zwangsmitler Herrich die Waffen und Munition fortgeschafft habe. Dahin gehörte die Sache, die er gebracht habe, behauptet er — trotz mehrfacher Verhaltungen des Präsidenten — nicht zu wissen. Wegelin schildert die Sache so, daß nach Erscheinen des Wasserablieferungsgeheimes seine Mutter auf Ablieferung der Waffen gedrungen habe.

Nach Erledigung der Frage der Wasserverteilung wurde die Frage erörtert, ob die Angeklagten in den Kassen der Reichsbank verwickelt seien. Der Hauptangeklagte Hoffmann erklärt, daß er weder mit dieser Tat, noch mit dem Scheidemann-Unterfall etwas zu tun habe. A. N. Riedhammer: Ich bitte doch festzustellen, wer sich als Leiter der „Wiking-Gesellschaft“ gefühlt hat. Vielleicht der Angeklagte Müller? Angekl. Müller: Ich muß diesen verb... (sich verbessernd) diesen Vorwurf zurückweisen. Wenn ich es gewesen wäre, dann würde ich es mir zur Ehre anrechnen. Ich habe an den Statuten mitgewirkt,

weil wir ja den Auftrag hatten, einen militärischen Verband aufzustellen!

Vors.: Die Statuten, die wir bei Herrn Kautler fanden, waren ganz zerrissen und zerstückelt. Warum geschah das? Angekl. Kautler: Ich hatte nichts zu verborgen. Angekl. Müller: Des erklärt sich wohl so, daß der erste Entwurf nach Fertigstellung des zweiten unbrauchbar war. Vors.: Sie, Herr Müller, waren Adjutant von Killingers in der militärischen Abteilung? Angekl. Müller: Jawohl, es handelte sich um die militärischen Vorbereitungen, die wir in geheimer Sitzung besprochen haben. Ich hatte die Bildung der Bezirke und Gruppen unter mir. Vors.: Killinger war also Ihr direkter Vorgesetzter? Angekl. Müller: Jawohl, in der Angelegenheit, die gestern geheim verhandelt worden ist. Justizrat Hahn: Zu dem Beweisthema aus der gestrigen Sitzung bitte ich über die Besprechungen in Breslau den

Reichspresseschef Spieler als Zeugen zu laden.

Der Angeklagte Kautler nahm dann noch einmal das Wort zur Verteidigung von ihm herausgegebenen Zeitschrift „Wiking“. Die Organisation Consul und Wiking seien von Regierungsmännern, wie dem Reichsanwalt Dr. Birtz, damals aufschwerste angegriffen worden. Der Kanzler hat als erster Staatsanwalt die Akten eingesehen und entgegen der sonstigen Gepflogenheit in ein schwebendes Verfahren eingegriffen und so das Bild verzerrt. Dasselbe hat auch Herr Scheidemann getan. So wurden dann die Statuten der D. C. mit ganz anderen Augen betrachtet.

Vors.: Der Verdacht gegen eine Mörderbande bestand damals sehr mit Recht, denn Schulz und Lillessen gehörten zu ihnen, und ihre Statuten waren dem Semeparagraphen angehängt, wukhten den allgemeinen Verdacht erwecken. Sie hätten wohl Anlaß gehabt, diesen Semeparagraphen klarer, als es geschah, abzuschaffen. Justizrat Hahn: Es ist aber doch die ganze Organisation als „Mörderbande“ bezeichnet worden. Auch der Reichsanwalt hat es mit solchen Augen angesehen. Es ist unsere Pflicht, das öffentlich festzustellen. Auf Antrag von A. N. Dr. Buegebrunn wurde dann das Wort der ersten Nummer des „Wiking“ vorgelesen, in der es heißt: daß die Zeitschrift, ohne nach rechts oder links zu sehen, ihr Ziel erstreben wolle: Die Reinigung des Deutschen von allen Fremdstämmigen. Das Wortort schließt: Wir wollen singen und lachen von Kaiser und Reich.

Dann wurde der Angeklagte Henrich vernommen, der über seine Tätigkeit im besagten Gebiet die Aussage verweigerte. Er habe eine monatliche Entschädigung von 1000 bis 1200 M. erhalten, während Hoffmann, Kautler und v. Killinger 1500 bis 2000 M. bekamen.

Der Angeklagte Schüler gibt an, daß er eis die Satzungen der D. C. gesehen habe, obwohl er als Sekretär bei Hoffmann tätig war. Er habe geglaubt, daß die D. C. nur den Zwecken dienstbar sei, die in geheimer Sitzung besprochen worden seien. Vors.: Und obwohl Sie stets bei Herrn Hoffmann arbeiteten, wukhten Sie nie die Satzungen in die Hand bekommen haben? Angekl. Schüler: Nein. Vors.: Das ist doch komisch, da doch Hoffmann noch seiner eigenen Aussage die Satzungen Mitte Juni an die Unterführer ausgegeben hat. Vor dem Untersuchungsrichter Dr. Richter hat der Angeklagte Hoffmann ausgesagt, daß die Satzungen der D. C. sowohl der Linkspresse geheim gehalten werden sollten als auch der Regierung, um aus nationalen Gründen der Regierung die Stellung der D. C. gegenüber nicht zu erschweren.

Bei der weiteren Vernehmung der Angeklagten behauptete der frühere Student Klinsky, daß er nie einen Verpflichtungsschein der D. C. unterschrieben oder für die D. C. gearbeitet habe. Vors.: Das soll ich Ihnen glauben? Angekl.: Ich stelle anheim!

Dann folgte der nächste Angeklagte Siebel, Angestellter des Landbundes Westpreign. Vors.: Welches war Ihre Aufgabe in D. C.? Angekl.: Ich hatte die öffentlichen

Verhandlungen mit den oberösterreichischen Selbstschutzverbänden über die Ausstattung des Regiments Süd.

Der nächste Angeklagte Broeren stand im Verdacht, Beziehungen zu den Erbberger-Mördern unterhalten zu haben. — Vors.: Wie standen Sie zu Schulz und Lillessen? — Angekl.: Schulz, Lillessen, Mahn und ich waren 1921 zusammen in Regensburg, um uns nach Stellungen umzusehen. Politische Gespräche haben wir nie geführt. — Vors.: Sie haben doch 1921 in Zwickau junge Leute für Oberösterreich anzuwerben gesucht. — Angekl.: Das ist richtig, aber ich stand mit der D. C. dabei nicht in Verbindung. — Vors.: Sind Ihnen die Satzungen der D. C. nicht nach Zwickau nachgeschickt worden? — Angekl.: Jawohl, ich sollte dazu Stellung nehmen. Ich habe jedoch den Verpflichtungsschein der D. C. nicht unterschrieben. — Vors.: Haben Sie bei Ihrer Vernehmung in Zwickau angegeben, daß die D. C. eine geheime Verbindung sei? — Angekl.: Nein. — Reichsanwalt Riedhammer: Es ist ganz auffällig, daß bei Ihnen eine Abschrift des sogenannten Satzungsentwurfs gefunden wurde zugleich mit einem Schriftstück aus dem Juni 1920, das einen Geheimbefehl der D. C. enthält. Es ist doch ungläubhaft, daß Sie behaupten, wenn Sie nicht noch den bereits beschlagnahmten und angenommenen Statuten verpflichtet waren.

Der Angeklagte Mahn hat in Regensburg die Studenten für Oberösterreich zu gewinnen gesucht. Er gibt an, er habe in München zufällig den Angekl. Müller getroffen, der ihn hat Papiere, darunter die Satzungen der D. C. nach Thüringen zu bringen. Er habe aber alle Papiere, auch die Satzungen der D. C., ohne sie zu lesen, in München losengelassen. — Vors.: Sind Sie nicht zu der angeklagten Satzungsbekämpfung am 18. September nach München geladen worden? — Angekl.: Jawohl, da ich als Bezirksleiter in Aussicht genommen worden war. — Vors.: Sie wukhten, daß die Ziele der D. C. geheim gehalten werden sollten? — Angekl.: Jawohl (sich verbessernd), d. h. der Regierung gegenüber nicht.

Die Mieterprotestwoche.

Die Mieterprotestwoche des Reichsbundes deutscher Mieter geht fast genau mit dem Tage ein, an dem der Deutsche Reichstag aufgelöst worden ist. Ein günstigerer Termin ist wohl kaum denkbar, denn jetzt ist nicht nur die Gelegenheit da zu zeigen, wo die wirklichen Gegner der Mieterinteressen sitzen, sondern auch auf die entstandenen Möglichkeiten hinzuweisen, die der Abbau notwendiger Mieterrechte verhindern. Für den Ortsverein Charlottenburg sprach in der Gemeindefeils in der Oranienstraße Genosse Dzienl, der Vorsitzende des Reichsbundes deutscher Mieter.

Nach einleitenden Worten ging er vor allen Dingen näher auf die Anträge der mieterfeindlichen (Rechts-)Parteien ein, deren Annahme im neuen Reichstag dann wahrscheinlich wäre, wenn seine parteipolitische Zusammenfassung eine Renaissanc des alten Parlaments werden würde. Die Deutschenationalen verlangen z. B. die Aufhebung des Reichsmietengesetzes für die Gewerbetreibenden von einer bestimmten — ortswweise verchiedener — Jahresfriedensmiete an, und die Deutsche Volkspartei wollte noch rigorosere vorgehen, indem sie überhaupt die Gesamtaufhebung des Reichsmietengesetzes zum 1. Januar resp. 1. April 1925 verlangte. Die Wirtschaftspartei aber, gewissermaßen doch die

Bezirksverband Brandenburg.

Unterbezirk Teltow-Beeskow.

Am Sonntag, den 26. Oktober, vormittags 10 Uhr, findet in Berlin, Landtagsgebäude, Saal 7, ein

außerordentlicher Unterbezirkstag.

Tagesordnung: 1. Die Partei und die Wahlen. 2. Aufstellung der Kandidaten. 3. Wahl der Delegierten zu dem am 2. November stattfindenden Bezirksparteitag.

Wir ersuchen die Ortsvereine, sofort die Wahl der Delegierten vorzunehmen. Jeder Ortsverein muß vertreten sein.

Der Unterbezirksvorstand. J. M.: W. Drägemüller.

Unterbezirk Nieder-Oberbarnim.

Am Sonntag, den 26. Oktober, vormittags 10 Uhr, findet in Berlin, Landtagsgebäude, Saal 15, ein

außerordentlicher Unterbezirkstag.

Tagesordnung: 1. Die Partei und die Wahlen. 2. Aufstellung der Kandidaten. 3. Wahl der Delegierten zu dem am 2. November stattfindenden Bezirksparteitag.

Wir ersuchen die Ortsvereine, sofort die Wahl der Delegierten vorzunehmen. Jeder Ortsverein muß vertreten sein.

Der Unterbezirksvorstand. J. M.: Hubert Kreuer.

eigentliche Partei der Hausbesitzer, geht besonders schief vor: Sie verlangt eine Aenderung der bestehenden Bestimmungen insofern, daß gegen jede zunächst einmal reiflos zugesandene Kündigung ein Einspruch beim zuständigen Amtsgericht innerhalb einer Woche erhoben werden darf; auch hierdurch wäre praktisch das Reichsmietengesetz vollständig aufgehoben. Das Amend, daß die heutige Gesamtregelung auf dem Gebiet des Bodens, Wohnungs- und Mietwesens von dem ursprünglichen Gesichtspunkt des Warenrechts ausgeht, worin sie dem römisch-rechtlichen kapitalistischen Grundgesetz folgt, bewirkt, daß jene Elemente, die ohne selber einen Finger zu rühren, auf Kosten der tätigen Bevölkerung Mietsengewinne einheimen, sich angesichts dieser Verhältnisse ruhigen Gemutens auf die Boden-, Bau- und Häuserpekulation geworfen haben, weil sie hier auf „legalem“ Weg zu Gewinnen kommen können, die man auf anderem Gebiet schon längst als „Wucher“ bezeichnet. Die gesamte Friedensmiete des deutschen Volkes stellte sich in der Kriegszeit auf jährlich ca. 5 Milliarden Goldmark, somit bedeuten je 10 Proz. Mieterhöhung 500 Millionen Goldmark Mehrbelastung für die Mieter. Aber an der Frage, wie weit das heute tragbar ist, gehen die Steller der Gesetzgebungsarbeiten ebenfalls fasthätig vorüber wie an der Tatsache, daß dem deutschen Volk heute etwa 1 1/2 Millionen Wohnungen fehlen. Ob die Mieterschaft weiß, was sie dagegen zu tun hat, wird sich am 7. Dezember zeigen, heute kann man nur aufklären und immer wieder aufklären in Sinne der nachstehenden einstimmig angenommenen Resolution, die im gleichen Wortlaut in allen deutschen Mieterprotestversammlungen dieser Woche vorgelesen wird:

„Die deutsche Mieterschaft legt entschieden Wert darauf, daß ein, daß die heutige planmäßige Wohnwirtschaft selbst von Regierungsmännern als Zwangswirtschaft bezeichnet wird. Diese Wirtschaftspolitik stellt nur — in richtiger Erkenntnis, daß die Wohnungswirtschaft zur sozialen Gesetzgebung gehört — Sicherung vor unbedingter Steigerung des Mietzinses und Festhalten der Grundrente nach dem Reichsmietengesetz und damit die Ausschaltung der Spekulation dar. Die heutigen Mietsen decken nicht nur die notwendigen Ausgaben für den Hausbetrieb, sondern gehen den Hauseigentümern darüber hinaus bereits eine namhafte Rente. Die Mietzinssteuer wird als das ungeheuerlichste Steuergestalt abgelehnt. Durch eine gerecht gestaffelte Reichseinkommen- und Vermögenssteuer müssen die Bedürfnisse von Reich, Ländern und Gemeinden gedeckt werden. Für den Neubau sollen die notwendigen Mittel aus der Hauswirtschaft entnommen werden. Die deutsche Mieterschaft wendet sich gegen eine Auswertung, die nicht den Schuldner, sondern die Allgemeinheit in höheren Steuern, mit höheren Mietzinsen trifft, die auf Kosten der Arbeitskraft geleistet werden müssen. Sie fordert insbesondere Aufwertung der kleinen Sparrer und Kriegeranleiher. Im Mieterchutzgesetz verlangt die deutsche Mieterschaft Sicherheit vor willkürlicher Kündigung der Wohnungen, Läden und Gewerberäume. Diese Rechtsgrundzüge sind heute bereits fester Bestand des Volksempfindens. Reichsmietengesetz, Mieterchutzgesetz und Wohnungsmangelgesetz liegen in der natürlichen Richtung der künftigen Entwicklung unserer Wohnwirtschaft. Die deutsche Mieterschaft verlangt Ausbau und nicht Abbau dieser sozialen Gesetzgebung. Sollten sich Regierung und Volksvertretung diesen berechtigten Forderungen verschließen, so wird die deutsche Mieterschaft von ihrem verfassungsmäßigen Recht Gebrauch machen, die notwendige soziale Neugestaltung des Wohnungswesens im Wege des Volksempfindens herbeizuführen.“

Der „tote“ Güterdieb.

Vor einigen Tagen wurde ein unerschütterlicher Güterräuber verhaftet. Der 34-jährige Arbeiter Hugo Schiller aus der Straße 35 hatte auf dem Tempelhofer Güterbahnhof drei Waggons erbrochen, durchsucht und schließlic in dem letzten Leberbühne entwendet. Er trug sie unverdorren zu einem in der Nähe gelegenen Neubau, packte sie in Säcke und wollte damit verschwinden, als er von Beamten bemerkt wurde und festgenommen werden sollte. Schiller aber, der schon viele Verhaftungen erlebt hat und bereits zweimal vorbestraft ist, mochte nach seinem alten Rezept sofort großen Lärm und Betenung machen, so daß er bei ihm gefundenen Hüte keine Unsicherheit. Er schlug wie wild um sich, daß nichts weiter übrig blieb, als das Ueberfallkommando zu benachrichtigen, das ihn end-

lich händigen konnte. Als er am nächsten Tage aus dem Polizeigefängnis zur Vernehmung vorgeführt werden sollte, bekam der Gefangenenaußenseiter einen gewaltigen Schreck, denn Schiller war „tot“. Der Beamte, der ihn schon früher verhört hatte, kannte jedoch seine Schwäche. Nach vieler Mühe und gutem Zureden gelang es dem auch, Schiller wieder lebendig zu machen. Dermal bekam er sogar auf dem Korridor des Präsidiums keine „Krämpfe“, die er täuschend nachzuahmen verstand.

Kampf dem Lesekund.

Schreibwarenhandler als Bundesgenossen.

Seit einigen Jahrzehnten mühen sich Lehrer und Freunde Jugend, ihr die von geschäftstüchtigen Verlegern auf den Markt gebrachten Schundbücher aus den Händen zu winden. Schon vor einem Vierteljahrhundert gelang es unserem Genossen Leo Kraus, das Verständnis für die Notwendigkeit scharfen Kampfes gegen die Schundbücher auch in der Arbeiterbevölkerung zu fördern. Jetzt findet diese Kulturarbeit endlich Unterstützung auch an einer Stelle, die von besonderer Wichtigkeit ist.

Die kleinen Papier- und Schreibwarenhandler wollten den Lesekund, an dessen Vertriebe sie bisher stark beteiligt waren, in Zukunft aus ihren Läden verbannen. Der Reichsbund deutscher Papier- und Schreibwarenhandler will die Verbreitung einwandfreier Jugendbücher fördern und veranstaltet zu diesem Zweck für das ganze Reich eine Jugendbuchwoche in der die beteiligten Händler durch Bücherausstellungen und Schauverkaufsaktionen für das gute Buch werden wollen. Auch Vorträge über den Kampf gegen Schund- und Schundliteratur und über den ethischen Wert eines guten Jugendbuches werden gehalten, und Film und Rundfunk stellen sich in den Dienst der Jugendbuchwoche. In Berlin und der Provinz Brandenburg ist die Zeit vom 3. bis 9. November für die Jugendbuchwoche gewählt worden, in den übrigen Teilen des Deutschen Reiches hat die Veranstaltung bereits stattgefunden. Die Jugendämter haben das Unternehmen nach Kräften unterstützt und auch in Berlin und den Berliner Verwaltungsbezirken sind die Jugendämter bemüht, der Jugendbuchwoche ihren Erfolg zu sichern. In einer gemeinsamen Versammlung des Bundesverbandes Brandenburg vom Reichsbund deutscher Papier- und Schreibwarenhandler und des Berliner Ausschusses zur Bekämpfung der Schund- und Schundliteratur zeigte sich volle Übereinstimmung darüber, daß die Händler es als eine Ehrenpflicht ansehen müssen, künftig den Vertrieb von Lesekund abzulehnen. In diesem Sinne sprachen für die Händlerorganisation ihr Vorsitzender Gutte und Herr Hirschfeld, aus den Kreisen der Lehrerschaft und der Jugendämter Rektor Luckau und Stadtrat Krüger. An der Diskussion beteiligten sich unter anderem Stadtrat Schneider, Neufuß und Obermagistratsrat Dr. Häußler, der Direktor des Berliner Zentraljugendamtes.

In den Kreisen der Händler ist man ziemlich allgemein der Ansicht, daß die Beteiligung an dieser Kulturarbeit ihnen sehr wohl ohne Schädigung ihres Geschäftes möglich sein wird und daß sie auch an guten Büchern der einigem Entgegenkommen der Verleger einen lohnenden Verdienst haben können. Mit Beifall wurde in der Versammlung die Mitteilung des Vorsitzenden begleitet, daß die Ortsgruppe Frankfurt a. M. des Reichsbundes, fernan nur noch Händler aufnehmen will, die sich verpflichten, keinen Schund zu führen. Aus dieser Teilnahme der Händler am Kampf gegen den Lesekund ergibt sich für die Bücherkäufer mehr als je die Pflicht, alle Bestände zu meiden, deren Inhaber sich noch zum Vertrieb von Schundbüchern hergeben.

Vom Auto überfahren!

Und hilflos gestorben.

Mit schweren Verletzungen wurde in der vergangenen Nacht um 11 Uhr ein Mann auf dem Damm der spärlich beleuchteten Bussellstraße bewußtlos aufgefunden. Neben ihm lag sein Fahrrad. Leute, die ihn auffanden und sich um ihn bemühten, riefen einen Chausseur an, der durch die Bussellstraße gefahren kam, und dieser brachte ihn mit seinem Wagen nach dem Krankenhaus in Moabit. Hier konnten die Ärzte nur noch den Tod feststellen. Der Mann hatte schwere Knochenbrüche an Armen und Beinen erlitten und an der Brust wurden starke Quetschungen festgestellt. Nach der Art der Verletzungen und der ganzen Sachlage muß angenommen werden, daß er in der dunklen Straße von einem Auto überfahren worden ist. Der Chausseur des Unfallsdramas hat sich nicht um ihn gekümmert und ihn auf dem Fahrdamm liegen lassen. Der Tote wurde von der Revierpolizei als ein 42 Jahre alter Schankwirt Heinrich Gehrlke aus der Seestraße 131 festgestellt. Mitteilungen zur Aufführung nimmt der 1. Kriminalbezirk des Polizeiamtes Tiergarten entgegen.

Wieder ein Dachstuhlbrand.

Heute früh um 7 Uhr stand der Dachstuhl des Hauses Gumbrechtstraße 7 im Afrkanischen Viertel an mehreren Stellen in Flammen. Diese hatten an dem Inhalt der Bodenverfälsche, besonders an allem Hausrot und Brennmaterialien so reiche Nahrung gefunden, daß Bauart Lhamm, der mit mehreren Sägen eingetroffen war, unverzüglich über die vollständige verquastene Aufgänge und eine mechanische Leiter mit drei Schlauchleitungen vorgehen ließ. Durch energisches Wassergerben gelang es, die Flammen auf den Dachstuhl des von zahlreichen Mietern bewohnten Hauses zu beschränken. Der Schaden ist sehr erheblich. Mehrere Wohnungen haben Wofferschaden erlitten und der Dachstuhl muß erneuert werden. Weitere Brände beschäftigten die Feuerwehr in verschiedenen Stadtteilen. So wurde die Feuerwehr nach Lichterfelde, Ringstr. 49, gerufen, wo ein kleiner Fabrikbrand zu bekämpfen war, der um 5 Uhr früh ausgebrochen war. In der Pantstr. 133 brannte eine Trockenkammer in einer Bäckerei. Alexandrinenstraße 180/86 brannte das Dach und Neue Königstr. 51 ein Hutzaden. Vor dem Hause Bismarckstr. 99 in Friedenau und Berliner Straße (Tempelhofer Feld) waren des Nachts Autos in Baugruben gefahren, aus denen sie von der Feuerwehr wieder herausgeholt wurden.

Einem Aufruf zum Wahlkampf bedeutete die in Köpenick nach der Aulade der Körnerschule einberufene öffentliche Versammlung unserer Partei. Genosse Riechmann hatte das Referat übernommen, das er den eingetretener veränderten politischen Verhältnissen entsprechend zu einer wirkungsvollen Wahlkampfkampagne ausformulierte. In der Diskussion, zu der sich trotz wiederholter Aufforderung keine politischen Gegner meldeten, erweiterten Genosse Stelling, Ministerpräsident a. D., unter Einbeziehung der Beamtenfrage und der ausschlaggebenden Stellung der Frauen in demmaligen Wahlkampfe sowie Genosse Silberblum in Betonung der politischen Probleme bei Behandlung politischer Fragen der Parteiinstanz und der Reichstagsfraktion das Referat. Die Versammlung war sehr gut besucht und schloß mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einladungen für diese Woche sind

Berlin S. B. 48, Stabenstraße 2.

7. Kreis Charlottenburg, Funkhausanlagen, Freitag, den 24. Oktober, abends 7 Uhr, im Restaurant Wilhelmshof, Spreestr. 7, am Wilhelmplatz.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend: Heller und sonnig, Windabnahme. — Deutschland: Ueberall Aufbesserung, in vielen Gegenden Nachtfrost.

Gewerkschaftsbewegung

Lohnverhandlungen im Reichsfinanzministerium.

Im Reichsfinanzministerium fanden am Mittwoch Lohnverhandlungen für die Betriebs- und Verwaltungsarbeiter des Reiches statt. Die Organisation begründete die Forderung einer Lohnerhöhung mit dem Hinweis auf die gesteigerten Lebenshaltungskosten und die zweifellos in der Privatindustrie vorhandenen höheren Löhne.

Auch die Regierung mußte zugeben, daß tatsächlich eine Preiserhöhung eingetreten ist und die Löhne in der Privatindustrie teilweise höher liegen. Trotzdem sei aber „der gegenwärtige Moment“ nicht geeignet, Lohnerhöhungen einzusetzen zu lassen, weil sonst „die Gefahr einer Inflation herbeigeführt würde“. (Die alte, längst widerlegte Doktrin des Reichsfinanzministeriums.) Die Regierung gab weiter zu erkennen, daß sie bereit ist, in etwa 14 Tagen, nachdem eine genaue Uebersicht über die gewerkschaftliche Lage und den Stand der Löhne in der Privatindustrie vorhanden sei, in weitere Verhandlungen mit den Organisationen einzutreten.

Die Arbeitnehmervertreter wandten sich gegen diese Auffassungen der Regierung mit aller Schärfe, ohne jedoch bei den Regierungsvorstreitern einen Erfolg zu haben. Schließlich mußten die Verhandlungen ergebnislos abgebrochen werden. Die Arbeitnehmervertreter haben sich vorbehalten, den von der Regierung angegebenen Termin gegebenenfalls wahrzunehmen. Nunmehr legt es an den Arbeitern, dafür zu sorgen, daß in kürzester Frist diese Lohnbewegung zum erfolgreichen Abschluß gebracht wird.

Zum Konflikt in den Gas- und Wasserwerken.

Die Vereinbarung angenommen.

Der Beschluß der Vollversammlung der Arbeiter der Gas- und Wasserwerke, eine Urabstimmung vorzunehmen über die Vereinbarung zwischen dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter und der Direktion der Gas- und Wasserwerke, ist den bolschewistischen Altonaer Brüdern, die gegenwärtig in der „Roten Fahne“ Redakteur spielen, höchst unangenehm. Auf unsere Feststellungen, daß dieses Abkommen von der Männerversammlung mit 20 gegen 6 Stimmen angenommen wurde, und daß darunter sich sämtliche führende kommunistische Oblite befinden, daß ferner in der Vollversammlung selbst der Kommunist Kamin sich entschieden für die Annahme des Abkommens einsetzte, wick die „Rote Fahne“ kein Wort zu erwidern. Wenn man der „Roten Fahne“ glauben dürfte, dann hätten diese Kommunisten durch die Zustimmung zu dem Abkommen „im Interesse des Kapitals und des Dames-Planes den Achtstundentag verkauft und verraten“, statt zu schwelgen und sich ihre Gesinnungsgenossen im Gewerbe- und Staatsarbeiterverband nicht noch mehr zu blamieren, erzählt die bolschewistische Blatt heute eine Raubergeschichte, die sie — und das ist das Ulligste an der ganzen Sache — durch eine Aufschrift eines Gemeindegewerkschafters selbst widerlegt. Hören wir zunächst die Raubergeschichte:

„Und nun spielt sich folgendes ab: Die sozialdemokratischen Magistratsmitglieder werden beim A.D.B. vorgestellt und bitten: Es ginge doch gar nicht, daß der Achtstundentag wieder eingeführt werde (wohlgemerkt, trotz gewaltiger Ueberhänge der Gaswerke), der A.D.B. müsse gegen die Arbeiter eingreifen und dem Berliner Gemeindegewerkschaftsverband befehlen machen usw.“

Und nun hören wir nach der Darstellung des kommunistischen Gemeindegewerkschafters, der in der „Roten Fahne“ zu Wort kommt, wie sich die Dinge ungefähr in Wirklichkeit zugezogen haben. Aus seinen Worten ging ferner hervor, daß sich die Preisverwaltung an alle möglichen und unmöglichen Instanzen gewandt hatte, um den Kampf von ihr versprochenen Achtstundentag zurückzuführen. Ganz zum Schluß wurde noch die allerhöchste und heiligste Oberinstanz angegangen und zusammengetrommelt. Sie bestand aus dem Hauptvorstand des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes plus Gemeindegewerkschaftskommission plus A.D.B. plus 4 Aufsichtsräten der städtischen Gas- und Wasserwerke.

In den Augen der „Roten Fahne“ mag es als ein Verbrechen erscheinen, wenn die Verbandsleitung der Gemeinde- und Staatsarbeiter alles in Bewegung setzt, um die zuständigen Instanzen rechtzeitig aufmerksam zu machen auf die unvermeidlichen Folgen, die sich ergeben würden, wenn die Direktion der Gas- und Wasserwerke auf der Verlängerung der Arbeitszeit bestünde. Diese Bemühungen sind von Erfolg gekrönt worden. Die Direktion hat sich verpflichtet, ab 1. Januar den achtstündigen Arbeitstag

wieder einzuführen und bis dahin die Arbeitszeit auf 8 1/2 Stunden zu reduzieren. Außerdem sind die Löhne noch etwas erhöht worden. Daß unter diesen Umständen selbst kommunistische Gewerkschaftsvertreter der Meinung waren, daß die Vierelstunde, die über den Achtstundentag hinaus bis zum Jahresende noch zu leisten wäre, kein Kampfobjekt ist, vor allen Dingen kein Objekt, das der breiten Masse die Stilllegung der Gas- und Wasserwerke verständlich und sympathisch machen würde, wird jeder vernünftige Mensch ohne weiteres begreifen. Das bolschewistische Blatt, das nach dem Wort der Erwidrung gefunden hat auf unsere Feststellung über das ungewerkschaftliche Antreiben des Sowjetismus, spielt in Wirklichkeit nur deshalb in künstlicher Entrüstung, weil es ihr aus Mangel an einer zugänglichen Wahiparole vor allen Dingen darauf ankommt, die Arbeiter gegeneinander zu verhetzen. Auf die weiteren Anstrengungen und Schwindeln des Blattes und ihres Bewährsmannes einzugehen, verlohnt sich nicht.

Das Abkommen, das zwischen dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter und der Direktion der Gas- und Wasserwerke getroffen wurde, ist gestern in der Urabstimmung angenommen worden. Gegen die Annahme stimmten nicht ganz 35 Proz. der Belegschaften. Damit trifft das Abkommen in Kraft.

Tariffreitigkeiten im Putzergewerbe.

Die im Bauergewerbe und im gewerblichen Bauarbeiterverband organisierten Putzer haben seit längerer Zeit mit den betriebsorganisatorischen Organisationen wegen Erneuerung des Tarifvertrages verhandelt. Schließlich kam in fast allen Fragen eine Einigung zustande. Nur zwei Punkte, Arbeitszeit und Arbeitslohn, blieben strittig.

Die Putzer haben bekanntlich seit 1904, also seit 20 Jahren, die achtstündige Arbeitszeit bzw. die 46 1/2 -Stundenwoche. Trotzdem verlangten die Arbeitgeber jetzt eine Verlängerung der Arbeitszeit auf mindestens 48 Stunden. Das lehnten die Arbeitnehmer selbstverständlich ab.

Der Arbeitslohn betrug bisher 25 Proz. über den Maurerlohn, während er in der Vortragszeit 33 Proz. über Maurerlohn stand. Diesen Zustand wollten die Arbeitnehmer wiederhergestellt haben. Darauf gingen die Arbeitgeber nicht ein.

Ueber diese beiden Punkte verhandelte nun am 14. d. Mts. ein Schiedsgericht unter dem Vorsitz des Ober-Registerrats Dr. Schöhorn und fällte folgenden Entscheid:

1. Die Arbeitszeit beträgt acht Stunden, Sonnabends und an den Tagen vor den hohen Festen kann 1 1/2 Stunden früher Feierabend gemacht werden. 2. Der Arbeitslohn beträgt 28 Proz. über Maurerlohn. Erklärungsfrist bis zum 21. Oktober 1924.

Die Arbeitnehmer stimmten diesem Schiedspruch in ihrer Mehrheit zu. Die Arbeitgeber lehnten ihn rundweg ab. Wir erachten es nun als selbstverständlich, daß die im Schiedspruch festgelegten Sätze von unseren Kollegen als Richtschnur zu betrachten sind und zur Durchführung gebracht werden. Ueber die weiteren Maßnahmen wird eine in den nächsten Tagen stattfindende Mitgliederversammlung zu entscheiden haben. Die Gruppenleitung.

Zur Lohnbewegung im Buchdruckgewerbe.

Die Aussperrung der Handleger der Buchdruckerei S. E. Hermann u. Co. ist nach Verhandlungen, die der Gewerkschaft des Berliner Buchdrucker unternehmen hat, wieder rückgängig gemacht worden. Sämtliche Aussperrte sind wieder eingeleitet worden. Der Versuch der Firma, Maßregelungen vorzunehmen, ist zurückgewiesen. Darüber hinaus hat sich die Firma verpflichtet, den Lohn für die gesamte Dauer der Aussperrung voll zu zahlen. Die Verhandlungen über die geforderten Lohnerhöhungen sind noch im Gange.

Die „Rote Fahne“ erzählt ihren bedauernswerten Lesern, daß die Verbandsleitung den Willen der Buchdrucker zum Kampfe für bessere Existenzbedingungen „systematisch“ abwürgte. Die Aussperrung bei Hermann sei „ein Schulbeispiel für diese Lastade“.

Also wenn eine Firma gezwungen wird, eine Aussperrung rückgängig zu machen und den Lohn für die dauernde Aussperrung zu zahlen, und wenn darüber hinaus über Lohnerhöhung verhandelt wird, so ist das eine „systematische Abwürgung“ durch die Verbandsleitung, die, nebenbei bemerkt, mit der ganzen Angelegenheit selbst nichts zu tun hat. Daß für solche lokale Differenzen der Gewerkschaftsstand zuständig ist, braucht man in der „Roten Fahne“ nicht zu wissen. Es genügt vollkommen, wenn man ordentlich auf die Verbandsleitung schimpft.

Wie uns vom Gewerkschaft weiter mitgeteilt wird, ist dieser fortgesetzt damit beschäftigt, den Forderungen der Gehilfen auf Lohnerhöhung in solchen Betrieben, wo besonders niedrige Löhne gezahlt

werden, Geltung zu verschaffen. Obwohl die Berliner Zeitungsvorleger den Beschluß gefaßt haben, auf Einzelstreiks mit einer allgemeinen Aussperrung zu antworten, ist es dem Gewerkschaftsstand gelungen, in einer Reihe von Betrieben Lohnerhöhungen durchzusetzen. Im übrigen werden sich die Berliner Buchdrucker nach wie vor an die Anweisungen ihrer Organisation und nicht an die Parolen der „Roten Fahne“ halten.

Belgien und das Achtstundentagsabkommen.

Brüssel, 22. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Der Minister für Industrie und Arbeit, Herr Eschaffon, erklärt in der „Revue Belge“ erneut die Frage des Achtstundentags, so wie sie nach der jüngsten Konferenz in Genf sich darstellt. Er zeichnet die in dieser Frage von Belgien zu befolgenden Richtlinien folgendermaßen: Unsere Gesetzgebung über den Achtstundentag geht noch über die Forderungen der Washingtoner Konvention hinaus. Möglicherweise wird man sie noch etwas mildern können, wenn die Ergebnisse der eingeleiteten Untersuchung bekannt sind. Abschaffen wird man das Gesetz nicht, und es ist auch mehr als wahrscheinlich, daß die vom Parlamente gegebenenfalls vorzunehmenden Veränderungen die Bestimmungen nicht wesentlich berühren. Für uns ist es von einem ausgesprochenen Interesse, daß wir nach Kräften bemüht bleiben, unsere Konkurrenten auf dem Weltmarkt zu bewegen, daselbst Gesetz anzunehmen. Wir können aber die Konvention nicht allein annehmen und unseren Konkurrenten gestatten, ihre Freiheit zu wahren oder sie wiederzugewinnen. Wir haben also keine Wahl. Wir ratifizieren unter der Bedingung, daß die anderen auch ratifizieren.

Die Eisenbahngesellschaften bitten um Bedenkzeit.

Paris, 23. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Am Duoi d'Orsay hat am Mittwoch eine neue Aussprache zwischen Herriot, dem Minister für öffentliche Arbeiten sowie den Direktoren der großen Eisenbahngesellschaften über die Wiedereinstellung der 1920 gemäßigten Eisenbahner stattgefunden. Wie der „Matin“ zu berichten weiß, sollen die Direktoren zur Unterredung gekommen sein mit der Absicht, die Forderungen der Regierung abzulehnen, haben sich aber angesichts der energischen Haltung Herriots eine neue Bedenkzeit von einer Woche ausgedehnt.

Der für das rheinisch-westfälische Holzgewerbe gefällte Schiedspruch setzt ab 20. Oktober 1924 folgende Spitzelöhne fest: Ortsklasse 1 75 Pf., Ortsklasse 2 70 Pf., Ortsklasse 3 65 Pf., Ortsklasse 4 60 Pf., Ortsklasse 5 55 Pf., Ortsklasse 6 50 Pf. In der Arbeitszeitfrage bleiben die Bestimmungen des bisher gültigen Abkommens bestehen. Anspruch auf Ferien haben nur jene Arbeiter, die am 31. Oktober 1924 6 Monate im Betrieb tätig sind. Der für das Transport- und Expeditions-gewerbe des rheinischen Industriegebietes gefällte Schiedspruch setzt den tariflichen Spitzelohn ab 17. Oktober 1924 auf 30 M. fest.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Arno Scherz; Gewerkschaftsbewegung: Fr. Olfert; Redaktion: Dr. John Schömann; Lokales und Sonstiges: Fritz Kahlert; Anzeigen: H. Glaser; Druck: Berliner Druck-Verlagsgesellschaft, Berlin S. O. 10, Berlin. Druck: Beroliner-Verlagsgesellschaft und Verlagsanstalt Teufel & Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 2.

Hosen jeder Art kaufen Sie am besten und billigsten in d. Münchener-Gladbacher Hosen-Zentrale.
Herren- und Knaben-Anzüge, Hosensträger, Stutzen sehr preisw.
Münchener-Gladbacher Hosen-Zentrale
Rügener Str. 25 (nahe Gesundbr.)
Blauer Laden - Fahrzeilvergüt.

Dezimalwagen
Tafelwag., Gewichte, Maßmaß, Uhren, Uhren, Uhren
Georg Wagner
Köpenicker Str. 71
Keine Schaufenster-Reklame, dafür we-sentlich billigere Preise

Berliner Ulk-Trio
Neukölln, Lehnsr. 74/75 L.
Guter Schlaf ist das beste Heilmittel.
Metallbetten für Groß und Klein, mit oder ohne Zubehör, Stahlmatt., an Private, Bequeme Bedingungen. Katalog 30 A frei.
Eisenmöbelfabrik Suhl (Thür.)

Bären-Stiefel
auf Teilzahlung
für Angestellte, Beamte usw. in ungekündigter Stellung. Preise der Stiefel sind genau so günstig wie bei Barzahlung.
Hans Bähr, Spittelmarkt 7 (vor der Brücke)

Erstklassiges Material gute Kameleerschalen, Affenhaut, Wildleder, mod. Schliesenspanne oder z. Schnüren, in Schwarz, Braun oder Grau, modern spitze Form

4.90

Brette Schliesenspanne, schwarz R.-Chevreau, mod. spitze und runde Form halbhohler Absatz **5.90**

Derselbe in Braun echt Chevreau gutes Fabrikat **7.90**

Baby-Schuhe 95
halb u. hoch, in Leder u. Stoff, entzück., Must., Pl.

Warme Kinderstiefel 1.25
z. Schnüren od. Schnalle, 18-22

Kinder - Stiefel 4.90
kräftige Leder, 31-35

Kameleerschale - Schnallenstiefel und Ohrenschuhe billig

Noch billiger 6.90

Ohne Rücksicht auf die erhöhten Lederpreise bringen wir der Großberliner Bevölkerung wieder große Damen-, Herren- u. Kinderstiefel u. Schuhe zu jaucend billigen Preisen bei guter Ware. Unsere Artikel sind nicht unfortiert, sondern, wo nicht besonders angegeben, in allen Größen vorrätig!

Wir sind billiger als im Ausverkauf!

Für Damen:

Halbschuhe Affenhaut, zum Schnüren, Spanne oder Pump, schwarz, braun und grau, darunter Lederschnürschuhe, 35-38 **3.50**

Halbschnürschuhe braun und schwarz, tolle Lackkappe, Boxhind und R.-Chevreau **6.90**

Ein Posten ca. 700 Paar **Feine Luxussachen 9.80**
in Lack, Samtkopf, Boxhind, braun, schwarz und grau, Schnür, Pump, Sandalet, Spanne und Schliesenspanne, Größe 35-40, meist erstklassige Luxussachen **11.90**

Schuh-Lokal
Münzstr. 25
Frankfurter Allee 54
Holtzener Damm 13

Für 40 Pfg. waschen Sie Ihre ganze Wäsche von einigen Wochen
und benötigen weder Seife noch sonstige Waschmittel, wenn Sie mit dem neuen unübertrefflichen Waschmittel

„BEWA“-Seifenfäden (Deutscher Reichs-Gebrauchsmusterschutz) waschen

Vorzüge: Schonen der Wäsche, weil BEWA-Seifenfäden ohne Chlor oder sonstige scharfe Waschmittel. Blendend weiße Wäsche, wohlriechend erfrischende Wäsche. Ersparnis an Arbeit, Zeit und sonstigen Waschmitteln, daher vorteilhaftes Waschverfahren.

Überzeugen Sie sich. Sie nehmen denn künftig nur noch BEWA. — Verlangen Sie BEWA in den einschlägigen Geschäften in Paketen zu 40 Pfennige. Nehmen Sie alsdann weder andere Waschmittel noch sonstige Seifen. — Sie sind von dem Erfolg überrascht. — Glänzende Begutachtung aus allen Volksteilen.

Waschmethode: BEWA, das Seifenpräparat, in heißem Wasser vollkommen auflösen und der Einweichwäsche einsetzen und dann im Kessel mit BEWA kochen. Diese BEWA-Waschmethode reinigt fabelhaft. — Größte Schaumbildung.

Engros-Verkaufsstellen: BEWA-Seifenwerke, Berlin-Wilmersdorf, Babelsberger Str. 2
Süden: Neus Roßstr. 6. — Osten: Paul Kunert, Cadiner Str. 17. — Mecklitz: M. Spicker, Tile-Wardenberg-Str. 20.

FERNRUFE: Pflaburg Nr. 3896 und 4074